

Resolution des Sektors Medien z.H. syndicom-Kongress vom 10./11. November

Service public in den Medien ist uns 1 Fr. pro Tag wert: Nein zur rechtsbürgerlichen Initiative "No Billag"!

Sendeschluss beim öffentlichen Radio und Fernsehen der Deutschschweiz, des Tessins und der Suisse romande: Dies ist das Ziel der am äusseren rechten Rand des politischen Spektrums angesiedelten Befürworter der "No Billag"-Initiative zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren. syndicom ist für einen starken Service public – gerade und auch in den Medien: Wenn wir die Informationsverbreitung den Milliardären überlassen, droht der Schweiz eine "Berlusconisierung" bzw. eine "Verblocherung" der Medienlandschaft.

Die Existenz der SRG ist direkt abhängig von den Fernseh- und Radiogebühren, die drei Viertel zu den heutigen Einnahmen von 1,6 Mrd. Fr. beisteuern (ein Viertel sind Werbeinnahmen). Ohne Gebühren stehen gegen 6000 Stellen beim Radio und Fernsehen auf dem Spiel. Auch viele regionale private Radio- und Fernsehstationen, Radiostationen in Berggebieten, Alternativradios überleben nur dank ihrem Anteil an den Gebührengeldern – bedroht sind so weitere rund 1000 Arbeitsplätze. Bei Annahme der Initiative müsste diese bis zum 1.1.2019 umgesetzt und der Sendeschluss durchgesetzt werden. Ein katastrophaler Kahlschlag würde drohen, der die Schweizer Medienlandschaft in unverantwortlicher Weise verarmen liesse und Tausende Medienschaffende ihrer Existenzgrundlage berauben würde.

Nur diejenigen Kreise, die genügend Geld haben, können ein Interesse am Sendeschluss bei der SRG haben. So könnten sie ihre Macht in der Medienlandschaft ausbauen und die Informationsflüsse steuern und beeinflussen, wie wir das in den USA, in Italien und andern Ländern erleben. Wir konstatieren parallel dazu in den gedruckten Medien die Ausdünnung der Medienvielfalt durch den Branchenriesen Tamedia, der die Redaktionen seiner 12 Titel an zwei Standorten konzentrieren will. Gegen diesen drohenden Einheitsbrei wehrt sich syndicom gemeinsam mit vielen Beschäftigten von Tamedia. Angesichts der Medienmacht dieses drohenden Einheitsbreis und des titelmässig wachsenden Blocher-Medienimperiums (Basler Zeitung, Weltwoche, Lokalzeitungen) brauchen wir erst recht ein starke öffentliche SRG, die mit einem Informationsauftrag den medialen Service public im ganzen Land garantieren muss.

Natürlich haben wir uns alle schon geärgert über "unnötige" Fernsehsendungen oder die Ignoranz des Fernsehens gegenüber unseren Anliegen und Aktionen. Aber wir fordern auch nicht die Schliessung der SBB, weil wir uns über eine Zugsverspätung ärgern! Die SRG gehört der gesamten Bevölkerung und die Diskussion über den Programmauftrag der SRG ist für syndicom als Gewerkschaft, als Teil der Zivilgesellschaft und als Organisation der Medienschaffenden wichtig. Doch wir können diese nur führen, wenn die SRG als starkes öffentliches Medienunternehmen weiterbesteht. Private Kanäle sind Instrumente für die politischen Interessen ihrer Besitzer, die allein und ohne Diskussion bestimmen könnten, welche Informationen die Bevölkerung erhalten würde und welche ihr vorenthalten würden.

Das Recht auf umfassende Information ist ein Grundrecht, das nur durch einen starken Service public in den Medien garantiert werden kann. Von privaten Interessen unabhängige Medien sind entscheidend für das Funktionieren einer Demokratie:

- **syndicom bekämpft die SRG-Sendeschluss-Initiative "No Billag"**
- **syndicom setzt sich ein für die Medienvielfalt und eine Förderung unabhängiger Print- und Online-Medien**
- **syndicom unterstützt die Schaffung einer öffentlich finanzierten digitalen Infrastruktur für unabhängige Medien**
- **syndicom verlangt ein Mediengesetz, das die Information nicht als Ware zum Erzielen von Profit behandelt**